Nr. 154 XXVIII. Jahrgang

Sonntag, 20. Juni 1920

# Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13638, 13897, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: Grundzeile, 22 mm breit, M. 2.—, für das Ausland M. 10.—, Reklamezeile, 61 mm breit, M. 6.—, mit Platzvorschrift M. 7.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Ziffern- oder Auskunftgebühr 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.25, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.50, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

## Noch nicht

Die zweite Woche seit den Reichstagswahlen geht zu Ende und noch haben wir keine Regierung. Wird sie heute zustande kommen? Möglich, aber — — — wer wäre nicht Pessimist geworden in dieser Frage!

Der Stand der Dinge ist ungefähr so. Fehrenbach, der letzte, von dem man eine Lösung der Frage glaubte erwarten zu können, verhandelt seit zwei Tagen mit der Deutschen Volkspartei und den Demokraten. Die Bereitwilligkeit der Volkspartei steht außer Frage, ebenso aber auch, daß die Demokraten schwere Bedenken gegen diese Konstellation mit Zentrum und Volkspartei haben. Gestern abend schien es daher schon, als sollte die Mission Fehrenbachs an diesen Bedenken scheitern. Das „B. T." schrieb zu dieser Zeit über die Sitzung der demokratischen Fraktion, daß eine sehr erhebliche Anzahl demokratischer Fraktionsmitglieder in der Mitteilung die Absicht vertreten haben, daß die Fraktion die Einladung ablehnten und der Regierung fernbleiben wolle, und auch diejenigen demokratischen Abgeordneten, die der Meinung sind, daß die Partei im Hinblick auf die bevorstehende Konferenz in Spa und den Erwägungen der gesamten Lage ihre Beteiligung nicht verweigern könne, stehen auf dem Standpunkt, daß ein solcher Entschluß nur gefaßt werden könne, wenn, ganz abgesehen von Personenfragen, nach zwei Richtungen hin zuvor der Weg geebnet würde. Die programmatische Erklärung, mit der die neue Regierung sich dem Reichstag vorstellen wird, müßte nach Ansicht dieser Abgeordneten so lauten, daß die Beteiligung der demokratischen Partei an dem Kabinett verständlich und begründet erscheint und die sozialdemokratische Fraktion muß bereit sein, beim Zusammentritt des Reichstages der neuen Regierung ihr Vertrauen zu bezeigen.

So weit waren gestern abend schon die Dinge geraten, oder vielmehr mißraten. Doch heute soll die Entscheidung fallen. Die Demokraten sind von neuem zusammengetreten und beraten über die Haltung der Partei. Es sollen zu diesem Zweck alle Abgeordneten in Berlin vertreten sein. Da bisher bei den demokratischen Besprechungen nur die Hälfte der Mitglieder dieser Partei in Berlin anwesend war, konnte man von einer einheitlichen Auffassung der Demokraten noch nicht sprechen. Heute wird dies möglich sein. Sollten dann die Demokraten Herrn Fehrenbach ihre Mitwirkung versagen, so ist dieser, wie die „D. A. Z." schreibt, entschlossen, seinen Auftrag in die Hände des Reichspräsidenten zurückzugeben. Auch der „Vorwärts" führt aus: Solange sich nicht die Demokraten entschieden hätten, könne noch nichts über die Haltung der Sozialdemokraten gesagt werden. — Bei den Demokraten liegt also augenblicklich die Entscheidung.

*

### Die Sitzung der Demokraten

**B. Berlin, 19. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Heute vormittag 9 Uhr beginnt die neue Fraktionssitzung der demokratischen Partei. Sämtliche Mitglieder der demokratischen Partei nehmen an ihr teil. Man nimmt an, daß bis mittag die Entscheidung gefallen sein wird.**

*

### Ein Antrag der Rechtsparteien in Preußen

**B. Berlin, 19. Juni.** (Eig. Drahtbericht.) Von den rechtsstehenden Parteien ist der wiederzusammentretenden Landesversammlung der Antrag eingebracht worden, die Landesversammlung möge sich für aufgelöst erklären und durch Neuwahlen die Bildung einer Staatsregierung ermöglichen, die sich mit dem Willen der Mehrheit des deutschen Volkes deckt.

**B. Berlin, 19. Juni.** (Eig. Drahtbericht.) In der gestrigen Sitzung der mehrheitssozialdemokratischen Fraktion wurde mitgeteilt, daß die sozialdemokratischen Landräte Preußens auch während einer bürgerlichen Regierung im Amt zu bleiben haben, da sie nicht den Anordnungen des Reiches Folge zu leisten haben.

*

### In Oesterreich wie bei uns

**T. Wien, 19. Juni.** (Eig. Drahtberichte.) Gestern fanden beim Präsidenten Seitz gemeinsame Verhandlungen der Parteiführer mit dem Präsidenten statt. Es handelte sich darum, ob ein neutrales Fachkabinett und ein Konzentrationskabinett gebildet werden soll oder ob die alte Koalition beibehalten werden könne. Das Konzentrationskabinett halten die Großdeutschen für unmöglich. Tatsache ist, daß alle Parteien verhandlungsmüde geworden sind. Heute, spätestens aber morgen, wird eine Erklärung in der einen oder andern Richtung erfolgen.

### Das Anwachsen des Landarbeiterstreiks

+ **Berlin, 19. Juni.** (Eig. Drahtbericht.) Der für die Volksernährung im kommenden Jahr unter allen Umständen sehr bedenkliche Ausstand der Landarbeiter in Hinterpommern, dessen Leitung in den Händen des Landarbeiterverbandes Berlin liegt, gewinnt an Ausdehnung. Im Kreise Köslin umfaßt er bereits 30 Güter von 58 und im Landkreis Stolp liegen die Dinge so, daß man beinahe von einem allgemeinen Ausstand sprechen kann. Dabei läßt sich der ganze Ausstand insofern gar nicht rechtfertigen, als die Arbeitgeber von vornherein grundsätzlich zu Verhandlungen sich bereit erklärten. Aber den radikalen Drahtziehern waren eben Verhandlungen, die zu einer friedlichen Beilegung der Streitfragen führen könnten, gar nicht erwünscht. Ihr Bestreben geht vielmehr in erster Linie darauf hinaus, die Volksernährung möglichst zu beeinträchtigen, weil auf solche Weise die allgemeine Unzufriedenheit am sichersten aufrechterhalten werden kann. Diese verbrecherischen Ziele werden um so besser erreicht, je länger der Streik dauert. An vielen Stellen werden sogar die Notstandsarbeiten verhindert und Arbeitswillige werden durch Akte des Terrors gezwungen, der Arbeit fernzubleiben, so daß teilweise schon die Milchlieferung nach den Städten aufgehört hat. Wenn irgendwie, so muß hier der Staatssekretär für öffentliche Ordnung eingreifen, denn es handelt sich hier um die lebenswichtigen Interessen der Allgemeinheit.

## Frankreichs Verdächtigungs-Politik

In der französischen und auch in der englischen Presse geistern neuerdings wieder angeblich deutsche Kriegspläne herum. Auf geheimnisvollem Wege will man aus der in solchen Fällen bekanntlich immer „zuverlässigen" Quelle erfahren haben, daß schon vor einigen Wochen in Berlin unter der Mitwirkung einiger Minister eine geheime Beratung stattgefunden haben soll. Im Verlaufe dieser fabelhaften Beratung sei auch ernsthaft die Möglichkeit eines bewaffneten Konfliktes zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Polen anderseits erwogen worden. Der anwesende Chef des Generalstabes habe erklärt, gegen Frankreich könnte Deutschland 700 000 Mann und gegen Polen 200 000 Mann ins Feld stellen und was dergleichen Unsinn mehr ist. Für jeden Deutschen, der seiner fünf Sinne nur einigermaßen mächtig ist, liegt es ohne weiteres klar auf der Hand, daß Meldungen solch hirnverbrannter Art nur aus den Fingern gesogen sein können.

Der tolle und alberne Spuk hat indessen sehr bedenkliche und für unser Reich empfindliche Folgen gezeitigt, die wahrscheinlich gerade durch jene Lügen herbeigeführt und gleichzeitig gerechtfertigt werden sollten. Nur aus diesem Grunde und aus diesem inneren Zusammenhang heraus lassen sich die neuen und unmißverständlichen Drohungen Frankreichs erklären. In der französischen Kammer versicherte anläßlich der Besprechung des Kriegsbudgets der Kriegsminister Lefèvre, die Regierung sei fest entschlossen, immer Mittel bereitzuhalten, um bei Deutschland die Entwaffnung, die Bezahlung von sechzig oder achtzig Milliarden, die Belieferung mit Kohlen und die Durchführung der andern Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages durchsetzen zu können. Das sei nicht die Sprache brutaler Gewalt, sondern die Sprache der Gerechtigkeit. Demgegenüber mag es bei der Feststellung sein Bewenden haben, daß sonst das Vertrauen auf die Gerechtigkeit einer Sache sich auf andre Weise als in solch brahmanisierenden Reden zu äußern pflegt. Wir können in diesen Redensarten und in diesen unausrottbaren, ewig sich wiederholenden Verdächtigungsversuchen nur ein Zeichen für das Gegenteil erblicken, einen stets sich wiederholenden Beweis für das geringe Zutrauen, das die Franzosen zu ihrer eigenen Kraft und zu der Gerechtigkeit ihrer Sache haben.

Auch die schweren Bedrückungen und ausgesuchtesten Schikanen, unter denen seit einiger Zeit wieder namentlich die Pfalz unerträglich zu leiden hat, können als nichts andres als der Ausdruck einer krankhaften Angst Frankreichs gedeutet werden. Zum Teil mag dabei allerdings auch eine gewisse Rachsucht mitspielen, denn den erzwungenen Rückzug aus Frankfurt am Main scheinen die Franzosen auch heute noch nicht ganz verwunden zu haben.

Bringt man diese Vorgänge noch in Zusammenhang mit den Veröffentlichungen des „Eclair" über angebliche Pläne Ludendorffs über ein Zusammengehen Sowjet-Rußlands mit Deutschland gegen Frankreich, ergibt sich wiederum das Bild einer Politik, die durch das Mittel der systematischen Verleumdung ihre Zwecke zu erreichen sucht. Angst und Gier nach Ausdehnung diktieren Frankreich diese häßliche Politik, deren letztes Ziel die Rheingrenze für Frankreich ist. Um seinen Zweck zu erreichen, wendet man aber die Verleumdung nicht nur außerhalb an, sondern operiert mit ihr selbst in den Reihen der Feinde. So brachten französische Blätter in letzter Zeit mehrfach die Nachricht, Bayern bestünde auf einer Sondervertretung in Spa. Daß an dieser Uebertreibung des bayrischen Föderalismus nichts Wahres ist, bedarf keiner Bestätigung aus München. Das Reich wird einheitlich durch die Reichsregierung nach außen vertreten, außenpolitisch stehen den Ländern keinerlei Rechte zu. Die Absicht der Franzosen aber ist, durch ihre verleumderischen Behauptungen Rheinbündlern, von deren Zahl in Deutschland sie vermutlich recht falsche Anschauungen haben, den Rücken zu steifen und den Zerfall Deutschlands in zwei oder mehrere ohnmächtige Teile zu fördern.

Es ist die alte Politik der Geheimdiplomatie: Sie hat sich vor dem Krieg als falsch erwiesen, wurde durch den Krieg ad absurdum geführt und wird sich auch in diesem Falle als eine trügerische Spekulation erweisen.

*

### Märchen von deutschen Kriegsplänen

Durch die Auslandspresse — „Morning Post" vom 2. Juni, nunmehr auch „Intransigeant" und „Straßburger Neueste Nachrichten" — geht folgende Nachricht: „Die deutsche Regierung wird unmöglich die Genauigkeit der nachfolgenden Informationen leugnen können: Vor einigen Wochen fand in Berlin ein geheimer Rat statt. Einige Minister, nicht alle, wohnten dieser Beratung bei. Im Verlaufe dieser Beratung wurde die Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Polen anderseits erwogen. Der Reichswehrminister war gegenwärtig. Der Chef des Generalstabes erklärte die militärische Lage. Gegen Frankreich könnte Deutschland 700 000 Mann ins Feld stellen, gegen Polen 200 000 Mann. Diese militärischen Kräfte werden als genügend betrachtet; denn man könnte auf gewisse Hilfsdienste rechnen sowie eine rasche Vervollständigung der Effektivbestände durch gleichzeitige Einberufung mehrerer Reserveklassen. Eine äußerst schwierige Beratung entwickelte sich darüber, ob Deutschland auf die Neutralität gewisser Staaten rechnen könne, doch ist die Haltung eines gewissen Staates nicht sehr sicher und außerdem befürchtet man auch innere Wirren." Der „Intransigeant" erklärte sich bereit, die Wahrhaftigkeit dieser Behauptungen zu beweisen, indem er Namen und Daten jederzeit zitieren könne.

Nach Rücksprache mit gutunterrichteter Seite wird von WTB. hierzu das folgende gesagt: Wie Dr. Geßler schon am 5. Juni in einem Interview Mister Stunders, dem früheren Korrespondenten der „Times", erklärt hat, ist die vorstehende Nachricht von Anfang bis zu Ende in das Reich der Fabel zu verweisen, insbesondere hat kein Minister einer Besprechung beigewohnt, in der auch nur indirekt oder bedingt solche Erörterungen gepflogen wurden. Einen Chef des Generalstabs gibt es nicht mehr. Wer den seelischen Zustand des deutschen Volkes kennt, der sich bei Abwehr des militaristischen Kapp-Putsches so eklatant gezeigt hat, und der weiß, wieviel Waffen und moderne Geschütze auch nur zu den kleinsten aggressiven Unternehmungen nötig wären, der muß erstaunen, daß eine derartig unsinnige Meldung in Entente- und von der Entente ständig kontrollierten Bestandes der deutschen Waffen in ernsten ausländischen Blättern Aufnahme finden konnte.

## Proteststreik in Ludwigshafen

Da die verhafteten Arbeiterführer von den Franzosen bisher nicht freigelassen worden sind, beschloß die Arbeiter- und Angestelltenschaft von Ludwigshafen von Freitag nachts 12 Uhr bis heute, Sonnabend, nachts 12 Uhr die Arbeit völlig ruhen zu lassen. In einem Aufruf des Aktionsausschusses der Arbeiter- und Angestelltenschaft heißt es u. a.:

Diese Demonstration soll den Zweck verfolgen, nicht nur die Augen Deutschlands, sondern die ganz Europas auf die unerträglichen Verhältnisse, wie sie durch die Besetzung, insbesondere in der Pfalz, hervorgerufen sind, hinzulenken. Und wer diese geplante Demonstration unterstützen will, gehe nicht auf die Straße, sondern bleibe im Hause.

**Aus diesem entschiedenen Verhalten der pfälzischen Arbeiterschaft hat bisher die französische Besatzungsbehörde noch nicht die geringsten Folgerungen gezogen.** Ja, im Gegenteil, sie hat sogar weiterhin Anlaß zu Entrüstungen unter den Gewerkschaften der Pfalz gegeben. Am Freitag wird wiederum aus Ludwigshafen gemeldet: „Heute in den frühen Morgenstunden hat die französische Besatzungsbehörde neue Verhaftungen von Arbeiterführern vorgenommen. Verhaftet wurden Stadtrat Arbeitersekretär Rauschert (S. P. D.), Stadtrat Metallarbeiterverbandsbeamter Fischer (S. P. D.) und Stadtrat Eisenbahnerverbandsbeamter Baum (U. S. P. D.). Sie wurden im Auto aus der Stadt weggeführt. Heute früh ist eine größere Kavallerieabteilung mit Maschinengewehren in Ludwigshafen eingerückt. Die Lage hat hiernach eine weitere Zuspitzung erfahren." Weiter wird noch über die gewalttätigen Absichten der Franzosen gemeldet:

*** Frankfurt, 19. Juni. Die Badische Anilin- und Sodafabrik ist gestern von französischen Truppenabteilungen besetzt worden.**

**w. Ludwigshafen, 19. Juni. (Eig. Drahtbericht.) In der Nähe der Badischen Anilin- und Sodafabrik haben die Franzosen zahlreiche Maschinengewehre aufgestellt. Aus dem Elsaß und dem besetzten Gebiet sind zahlreiche Truppen zusammengezogen worden, so daß Ludwigshafen von französischen Truppen geradezu wimmelt. Kavalleriepatrouillen durchziehen die Stadt. Bis jetzt ist es zu keinen Zusammenstößen gekommen, da die Bevölkerung die Aufforderung des Streikkomitees, sich nicht auf die Straße zu begeben, sondern die Kundgebung zu unterstützen, indem sie zu Hause bleibt, befolgt.**

Zur Rechtfertigung ihres Verhaltens hat die französische Besatzungsbehörde in Ludwigshafen an den Plakatsäulen eine Bekanntmachung angeschlagen, in der sie nochmals darauf hinweist, daß die von ihr vorgenommenen Verhaftungen sich gegen Spionagetätigkeit und eine Organisation für den Aufstand gegen die Besatzungstruppen richteten. Angriffe gegen die französischen Behörden und ihre Vertreter in öffentlichen Versammlungen würden unterdrückt und die Schuldigen vor das Militärgericht gestellt werden. In den Straßen würden selbstverständlich keinerlei Unruhen geduldet werden.

## Russische Pläne Ludendorffs?

Der Pariser „Eclair" veröffentlicht, wie der „B. Z. am Mittag" gemeldet wird, den Wortlaut eines Briefes, den Ludendorff am 28. November 1918 an General Hoffmann geschrieben haben soll. Das Original des Briefes, der den Vermerk „Streng geheim, persönlich zu überreichen" trägt, soll sich im Besitz des ukrainischen Generalobersten befinden.

In dem Brief, den „Eclair" druckt, heißt es u. a.: „Unsre Militärpartei ist immer dafür eingetreten, den stärksten Beistand den Bolschewisten zu leisten. Der Reichskanzler war dagegen. Man kann zuversichtlich behaupten, daß die Zukunft den Bolschewisten gehört oder auf jeden Fall den monarchischen Elementen, die im Dienste der Bolschewisten stehen, d. h. den Roten Armeen, die vielleicht im gegebenen Fall die Macht an sich reißen werden. Rußland würde uns allein die Möglichkeit bieten, die Folgen unsrer Niederlage zu beseitigen und in kürzester Frist den Revanchegedanken durch den Vormarsch der Roten Armeen nach dem Rhein zu verwirklichen.

Ludendorff schlägt dann vor: die Schaffung von Propagandaabteilungen in allen Generalstäben für den Gedanken der Annäherung Deutschlands und Rußlands. Entsendung von Vertretern nach allen Hauptplätzen Sowjetrußlands, wo diese Agenten sich bemühen sollen. Erleichterung des Eintritts der deutschen Kriegsgefangenen in die Rote Armee. Weitere Unterstützung der Astrachan-Armee und der Südarmee einerseits und der Astrachan-Armee und der Südarmee einerseits und der ukrainischen Nationalisten anderseits, wobei aber vorsichtig verfahren werden muß, damit keiner der beiden feindlichen Seiten Deutschland der Unehrlichkeit beschuldigen kann usw. Das Schreiben schließt mit den Sätzen: „Das ist ein Arbeitsplan, der nach den lokalen Umständen geändert werden kann. Der Hauptzweck ist die Gewinnung der Sympathien der regierenden Kreise Rußlands. Die auszugebenden Summen sollen nicht beschränkt werden. Ich hoffe, daß Eure Exzellenz sofort das Erforderliche veranlassen werden ohne Rücksicht auf eventuelle Hindernisse, welche Ihnen die uneinsichtigen Elemente von Kowno (Hauptquartier des Prinzen Leopold von Bayern) in den Weg legen."

„Eclair" behauptet, die Abschrift des Briefes von dem Ukrainer Arphanffi erhalten zu haben, der sich für die Echtheit des Briefes verbürge. Wir können aber wohl als sicher annehmen, daß es sich um eine Fälschung handelt, die zu dem sehr durchsichtigen Zweck einer französischen Propaganda für die Rheingrenze benutzt wird und dann mit der Gefahr eines Vormarsches an den Rhein zu schrecken sucht.

### Gegen die polnische Willkür

Das Wolffbureau meldet: Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind wegen der Verhaftung des Herrn v. Holtum im polnischen Korridor Proteste an die polnische Regierung nach Warschau sowie an die interalliierte Kommission nach Marienwerder gerichtet worden. Die interalliierte Kommission hat bereits die erforderlichen Schritte gegen Herrn v. Holtum bei den polnischen Behörden eingeleitet.

## Die Haager Konferenz über einen internationalen Gerichtshof

Von unserm Mitarbeiter

**Haag, 16. Juni.**

Das Generalsekretariat des Völkerbundes, mit dem ich mich gestern in Verbindung setzte, raumte mir alle Erleichterungen ein, um, soweit es den Sitzungsvorschriften der autonomen Beratungskommission entspricht, den Hergang der Konferenz zu verfolgen. Ich erhielt eine Einladung zur Eröffnungsfeierlichkeit der Konferenz im Friedenspalaste. Das Interesse an den Beratungen, die einen bedeutsamen „weltpolitischen Hintergrund" besitzen, ist in diesigen diplomatischen Kreisen äußerst groß. Während des gestrigen Tages sah ich im Friedenspalaste die diplomatischen Vertreter der französischen Republik, Englands, der Vereinigten Staaten, Belgiens, Italiens und Spaniens. Es handelte sich um vertrauliche Vorbesprechungen mit verschiedenen Mitgliedern der Juristenkommission, um die Klärung noch ungeklärter Meinungsgegensätze über den Charakter und die künftige Wirksamkeit des internationalen Gerichtshofes (cour permanente de Justice), über dessen Wesensart in dem Artikel 14 des Völkerbundsvertrages wohl gesprochen wird, aber nicht mit wünschenswerter Klarheit, wie sich aus den weiteren Ausführungen ergeben soll.

Es ist für mich, nach mehreren Gesprächen mit leitenden Persönlichkeiten der Konferenzvertretungen, zur Gewißheit geworden, daß die Staaten, die auf der Haager Konferenz vertreten sind, nicht unbedeutende Sonderinteressen verfolgen. Frankreich ganz besonders. Es ist schon an und für sich merkwürdig, daß das französische Projekt über die Bildung des ständigen internationalen Gerichtshofes sich weder über die künftigen Befugnisse dieses Tribunals ausspricht, noch über die Art seiner Zusammensetzung. Ferner verdient die Erklärung des französischen Völkerbunddelegierten Léon Bourgeois in der Londoner Sitzung des „Rates der Gesellschaft der Nationen" (Februar 1920) hervorgehoben zu werden: „Die militärische oder moralische Solidarität, die während fünf Jahren die freien Nationen vereinigte im Kampfe um ihr Recht und ihre Unabhängigkeit, muß auch fürderhin gesichert sein: aus dem Siege soll als Symbol ein ständiger internationaler Gerichtshof erstehen." Hier wird also die Scheidungslinie zwischen Siegern und Besiegten gerade von jenem Manne gefordert, der in den Haager Konferenzen, die 1900 und 1907 über denselben Gegenstand tagten, die „moralische Auffassung" vertrat.

Frankreichs Verhalten zur Gründung des internationalen Gerichtshofes kann als skeptisch und ablehnend bezeichnet werden. Das erhellt auch aus gewissen äußerlichen Schwankungen. Im Verlaufe von einer Woche sind drei Vertreter Frankreichs amtlich genannt worden; erst der dritte, Professor Lapradelle, scheint der richtige gewesen zu sein. Vorher wurden der Ministerialdirektor Bourgeois, der Staatsanwalt Fromageot, und nach diesem der bedeutende Jurist André Weiß genannt. Noch gestern nachmittag war Lapradelles Kommen ungewiß, und es spielte der Draht zwischen Haag und Paris, um die Angelegenheit zu ordnen. Was eigentlich passiert war, ist hier nicht bekannt. Aber die Diplomaten sprachen sehr viel von dem „Rätsel".

Die englische Mission begann ihre Tätigkeit damit, daß sie, gemeinschaftlich mit der amerikanischen und der holländischen, den Kontakt mit der „Weltpresse" (d. i. die Englands und der Vereinigten Staaten) herstellte. Es war alles mit Geschick vorbereitet, und wenn sich ein amerikanischer oder englischer Berichterstatter einstellte, so wurde er reichlich mit „Material" versorgt. Tatsächlich steht die Konferenz im Zeichen Englands, Hollands und der Vereinigten Staaten, denen sich Italien beigesellt hat; in merkbarer Distanz befinden sich Frankreich und Belgien, während Japan gleichsam den Beobachter spielt, der die Dinge, die da kommen sollen, auf sich einwirken läßt. Dieses Bild ist kennzeichnend für die Konstellation im Lager des „Völkerbundes" und dürfte sich auch bei den nächsten Konferenzen (zum Teile in Spa und noch deutlicher in Brüssel) wahrnehmen lassen.

In welchem Verhältnis steht nun Deutschland zu dem Haager Gerichtshof-Kongreß? Ich habe über diesen Gegenstand mit einer leitenden holländischen Persönlichkeit gesprochen und darüber folgendes vernommen: Die deutsche Regierung teilte am 23. April 1919 den alliierten und assoziierten Regierungen gewisse, mit dem schweizerischen Projekte übereinstimmende Vorschläge zur Errichtung eines internationalen Gerichtshofes mit, da sie das im Hinblick auf die Gründung des Völkerbundes für zweckdienlich erachtete. Diese Vorschläge werden in gleicher Weise, wie die Deutsch-Oesterreichs, nach Maßgabe der Umstände, untersucht und auf ihre Verwendbarkeit hin geprüft werden. Jedenfalls enthält der deutsche Vorschlag über die schwierigen Fragen der Zusammensetzung und der Abstimmungsart des Gerichtshofes sehr wertvolle Fingerzeige, die von den „Neutralen" ebenso geschätzt werden, wie von der amerikanischen Vertretung. Am weitesten entfernt ist der Vorschlag von der französischen Auffassung.

Die deutsche Regierung war sehr gut beraten, als sie im Vorjahre ihr Projekt einbrachte. Denn gerade der permanente Gerichtshof im Haag, dessen Rolle der Völkerbundsvertrag nicht genau umschreibt, wird zweifellos an Bedeutung zunehmen und allmählich zur Instanz werden, die wichtige Entscheidungen in Streitfragen des Friedensvertrages zu fällen haben wird. Ich verweise auf den Artikel 429 des Friedensinstrumentes; dort heißt es, daß der 13. Abschnitt des Paktes — falls sich bei der Durchführung Schwierigkeiten ergeben sollten — der Rechtsprechung des Gerichtshofes unterliegt. Es handelt sich hier um die Klauseln über die Elbe, Oder, Donau, Niemen, Häfen, Wasserstraßen, Eisenbahnen; ferner fällt die Klausel über den Kanal von Kiel unter die Jurisdiktion des Gerichtshofes, desgleichen die über die Organisierung der Arbeit. Im letztgenannten Punkte wird sich wahrscheinlich die Formung eines Gerichtshofes über Streitigkeiten in den internationalen Arbeiterfragen ergeben. Leider ist infolge des französischen Widerstandes das Saargebiet-Statut außerhalb der Befugnisse des internationalen Gerichtshofes gestellt worden. Wenn sich aber dort die Komplikationen aufhäufen, so wird eine Aenderung wohl in dem Sinne eintreten, daß man auch diese Differenzen dem Haager Tribunal zuweist. Dagegen ist die Bestimmung, daß in den meisten Fällen Fragen über die nationalen Minderheiten dem Gerichtshofe zugewiesen werden können, sehr günstig für die Sicherung der Ruhe in Europa.

Noch schwebt Dunkel über der Frage: gibt es Zwang, oder steht es den Staaten frei, sich an den Ge-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200620/1